Die durch das Urteil des OVG Münster entstandene Rechtsunsicherheit habe ich zum Anlass genommen, mich an die Bezirksregierung Köln und das Schulministerium in Düsseldorf zu wenden, damit die weiteren Beratungen in den Fraktionen und die Beschlussfassung im Rat auf eine rechtlich einwandfreie Grundlage gestellt werden kann.

Die Bezirksregierung hat zu der Thematik kurzfristig die beigefügte Stellungnahme abgegeben und hierin dem Rat der Gemeinde angeraten **seine Entscheidung auszusetzen, bis die rechtlichen Rahmenbedingungen so klar sind, dass eine durchdachte Entscheidung möglich ist.**

Ich schließe mich der Stellungnahme der Bezirksregierung an und empfehle dem Rat, die in der Verwaltungsvorlage vorgeschlagene Beschlussempfehlung zu beschließen.

Das Schulministerium in Düsseldorf hat nachfolgend mitgeteilt, dass die Arbeiten für einen breiten politischen Konsens in der Schullandschaft angelaufen sind. Angestrebt wird, einen Gesetzentwurf, der die erforderlichen Parameter für eine Gemeinschaftsschule enthält, noch vor den Sommerferien in den parlamentarischen Raum einzubringen.